

(Der Gütertarif der Staatsbahnen im Tariffomitee.) Ueber die heutige Sitzung des Tariffomitees, über die wir bereits im Abendblatte berichtet haben, wurde das folgende halbamtliche Communiqué ausgegeben: Das Tariffomitee des Landes-Kommunikationsrates hielt

heute vormittag unter dem Vorsitze des Handelsministers Grafen Béla Serényi, später unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Dr. Elemér Hantos eine Sitzung, in der die beabsichtigte Aenderung der Gütertarife verhandelt wurde. Die Beratung eröffnete Handelsminister Graf Béla Serényi mit einer kurzen Rede, in der er auf die dringliche und begründete Aenderung der Gütertarife hinwies. Im Laufe der Debatte sprachen Staatssekretär Baron Stefan Bottlik, die Magnatenhausmitglieder Adolf v. Allmann, Manfred v. Weiß und Franz Chorin, die Geheimen Räte Johann v. Teleky, Leo Lánosz und Julius v. Ludwig, Direktor Julius v. Rubinel, Abgeordneter Alexander Söplézy und Kammersekretär Josef Bágó. Die Redner nahmen gegenüber dem Klassifizierungssystem mehr für die lineare Erhöhung der Tarife Stellung. Handelsminister Graf Béla Serényi verwies auf die von Seiten der Interessenvertretungen bereits zum Ausdruck gebrachte Stellungnahme gegenüber dem Entwurfe, aus der hervorgeht, daß die Interessenten die Klassifizierung gebilligt haben. Im übrigen beruhigte er die Kommission darüber, daß die geplanten Maßnahmen nur einen provisorischen Charakter besitzen und im Sinne der Vereinbarung zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung wann und durch welche Partei immer gekündigt werden können. Staatssekretär Dr. Elemér Hantos resümierte die im Laufe der Diskussion vorgebrachten Bemerkungen. Er führte aus, daß die Regierung behufs Erhöhung der Einnahmen der Staatsbahnen drei Maßnahmen plant. Die erste ist die Umklassifizierung der Güter, die zweite der Betriebskostenzuschlag, die dritte die Nebengebühren. Gegen die Nebengebühren sei keinerlei Anwendung erhoben worden. Der Betriebskostenzuschlag besitze den Charakter einer Gebühr, deshalb wurde diese für jede Ware, unabhängig von der Entfernung, einheitlich festgestellt. Die Idee ist jedoch zu beherzigen, ob auf Grund der Belastungsfähigkeit der Waren nicht auch hier eine progressive Steigerung eingeführt werden soll. Die heikelste und am meisten diskutierte Frage sei die Klassifizierung der Waren. Der Standpunkt der proportionellen Belastung erfordere es, daß der höhere Wert mit einer größeren Last belegt werde. Wird man später sehen, daß einzelne Waren die Klassifizierung nicht vertragen, so kann man dem in der Weise abhelfen, daß die Tariffkommission sich von Zeit zu Zeit versammelt und die Klassifizierung einer Revision unterzieht. Der Staatssekretär betonte nachdrücklich, daß die Reform nur einen provisorischen Charakter besitzt und daß die Regierung der österreichischen Regierung gegenüber nicht gebunden ist, sondern die Vereinbarungen wann immer kündigen könne. Das Tariffomitee nahm die Aufklärungen des Staatssekretärs mit Beruhigung zur Kenntnis.